

## **Beteiligung an der Diskussion zum SPD-Regierungsprogramm 2012-2017**

Hier: Beschlüsse der Mitgliederversammlung des SPD-OV Föhr v. 28.11.2011

An die Mitglieder der Programm-Kommission der SPD sowie den Landesvorstand!

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachfolgend aufgeführte Änderungen bzw. Ergänzungen zum vorliegenden Diskussionspapier (hier: [http://www.spd-schleswig-holstein.de/docs/1318589533\\_ENTWURFREGIERUNGSPROGRAMM2012-2017.pdf](http://www.spd-schleswig-holstein.de/docs/1318589533_ENTWURFREGIERUNGSPROGRAMM2012-2017.pdf)) wurden von der MV des SPD-OV Föhr am 28.11.2011 als Antrag an die Programmkommission sowie den Landesvorstand beschlossen:

Zeile 28: Ergänzung: ... Dynamik im *Nord- und Ostseeraum*.

Zeilen 45 ff: Ein mit „Finanzpolitik“ überschriebener Absatz kann nicht auf jedwede Konkretisierung wie auch klare Benennung von Prioritäten verzichten. Die MV fordert daher den LV einstimmig auf, die *Essentials von sozialdemokratischer Finanzpolitik in Abgrenzung von schwarz-gelb klar zu benennen und hierbei deutliche Prioritäten aufzuzeigen*.

Zeilen 97-98: Hier muss dringend eine Konkretisierung im Sinne der Beschlusslage der Bundespartei erfolgen.

Zeile 135: Streichung der Worte „*bedarfsgerecht schrittweise*“ (klare Gesetzeslage!)

Zeilen 138 – 140: Abänderung unter Streichung bisheriger Formulierungen: ... Kindergartenjahren *ganztägig* beitragsfrei zu ermöglichen. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode *sukzessive den ganztägigen Besuch von drei Kita-Jahren* beitragsfrei stellen.

Zeilen 162 und 163 sollen durch folgende Formulierung ersetzt werden:

*Der Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen lässt sich besonders in einer Schule verwirklichen, die Kinder und Jugendliche in ihrer Unterschiedlichkeit annimmt und längeres gemeinsames Lernen in heterogenen Lerngruppen ermöglicht. Eine derartige Lehr- und Lernkultur schafft dann auch den Rahmen für die konsequente Umsetzung von inklusiver Bildung und Erziehung in der schulischen Ausbildung.*

Zeilen 166 u. 167 müssen dringend durch folgende Formulierung redaktionell-inhaltlich überarbeitet werden:

*Hierzu zählt auch, Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf bis zu einem ersten Schulabschluss zu fördern.*

Zeile 170: Ergänzung: *Wir werden die Schülerbeförderung in der Grundschule beitragsfrei stellen.*

Zeile 176 soll folgenden Zusatz erfahren:

*Für den Sekundarbereich.....Schularten konzentrieren, um hierdurch den Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung zu stärken: Gemeinschaftsschulen (G9)...*

Zeilen 176 - 178 soll folgende Streichung sowie Ergänzung erfahren:

*... Gemeinschaftsschulen (G9) und Gymnasien (ohne Klammerzusatz!). Der Umsetzung der inklusiven Bildung und Erziehung als zentrale Aufgabe sind alle Schulen und Schularten gleichermaßen verpflichtet. G8 ist an Gymnasien nur dort sinnvoll, wo der Unterricht verbindlich ganztags erfolgt. Wo dies nicht realisiert werden kann, ist G9 die einzig sinnvolle Alternative.*

In Zeile 179 soll folgende Formulierung als eigenständiger neuer Absatz eingefügt werden:

*Jede Schule übernimmt langfristige Verantwortung für die Erziehung und Bildung der aufgenommenen Kinder und Jugendlichen. Durch geeignete Maßnahmen der individuellen Förderung soll sichergestellt werden, dass ein Schulformwechsel im Sekundarbereich bis zum Ende des Ausbildungsgangs i.d.R. nicht notwendig wird (Abschulungsverbot).*

In Zeile 185 soll folgende Formulierung als eigenständiger neuer Absatz eingefügt werden:

*Dem Anspruch auf individuelle Förderung als Leitmotiv wird in den Jahrgangsstufen 5/6 durch Verzicht auf Maßnahmen der äußeren Differenzierung Rechnung getragen.*

Zeile 470 Ergänzungen:

*Die Landesbauordnung ist ggf. anzupassen.  
Wir wollen barrierefreies Bauen bei privaten Neubauten fördern.*

Zeilen 528 Ergänzung:

*Die verbindlichen Vorgaben gem. Landesbauordnung sind zu überwachen und bei Nichteinhaltung ggf. mit Sanktionen zu ahnden.*

Zeile 552 Ergänzung: *.....flächendeckende, wohnortnahe, ambulante.....*

Zeile 562 Ergänzung: *Wir sorgen dafür, dass Hebammen/Geburtshelfer wohnortnah verfügbar sind und beruflich existieren können.*

Zeile 629: Ersetzung von „sinnvoll“ durch „genehmigungsfähig“

Zeile 631: Ergänzung: *Die Landesbauordnung ist dementsprechend anzupassen.*

Zeile 736: Ergänzung: *... Wachstumsraum Ostsee sowie im Zukunftsraum Nordsee verankert.*

Zeile 756: Ergänzung: *Auf Bundesebene sorgen wir über eine Bundesratsinitiative dafür, dass ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € gilt.*

### Kapitel 3.4. Tourismus:

Zeilen 816 – 818 sowie 824 – 831: Streichen und ersetzen durch:

*Der Tourismus ist ein wichtiger und stark wachsender Wirtschaftszweig, den wir besonders unterstützen wollen. Es ist insofern ein besonderes Augenmerk wichtig, weil dieser stark saisonorientiert ist und regional starke Auswirkungen auf die Infrastruktur hat.*

*Wir sind davon überzeugt, dass Schleswig-Holstein als qualitativ starke Tourismusregion weiter entwickelt werden soll. Dazu gehören neben einem professionellen landesweiten Marketing auch die spezielle Vermarktung der Regionen. Die TASH wird diese Aufgabe übernehmen und neue Ziele erreichen helfen. Es wird auch wichtig sein, die Ausweitung der Saisonzeiten zu unterstützen – wir sind ein Ganzjahresurlandsland.*

*Die thematische Orientierung hin zu Gesundheit & Wellness, Aktivurlaub, Genussurlaub und Familienurlaub bietet dazu genügend Möglichkeiten. Der Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein ist auch in diesem Sinn eine wesentliche Grundlage dafür, dies weiter zu entwickeln (siehe auch Kapitel Gesundheit).*

*Wir werden die Regionen, darin die Unternehmen und die Beschäftigten unterstützen, diese Ziele zu erreichen. Dazu setzen wir auf eine landesweite Förderung der Infrastruktur, nicht auf einzelbetriebliche Förderung.*

*Gemeinsam mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften suchen wir nach Lösungen, die Beschäftigung zeitlich weiter auszudehnen (hier: im Sinne von Jahreswochenstunden). Die Menschen in den Tourismusregionen brauchen bezahlbaren Wohnraum. Dies ist eine wesentliche Aufgabe für die Wohnungsbauförderung (in diesen Regionen auch außerhalb des sozialen Wohnungsbaus) und die Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die dort lebenden Menschen. Manche Regionen (vor allem die Inseln) haben bereits jetzt große Schwierigkeiten, Beschäftigte zu finden, da es keine Wohnmöglichkeiten gibt. Dort werden Wachstumschancen verschenkt.*

Zeile 840: Zusatz: *Der langfristige Ausbau der B5 ist notwendig, um die Zeit bis zur Weiterführung der A23 bis Esbjerg zu überbrücken.*

Zeile 866: Zusatz: *Hierzu zählt ein zweispuriger Ausbau der Bahnstrecke Sylt – Hamburg.*

### Zusätzliche Forderung an das Regierungsprogramm:

Angesichts der Bedeutung der Themenfelder **Küstenschutz / Küstenwache** für unsere Region sollte hierzu nachträglich ein eigenständiges Kapitel in das Regierungsprogramm aufgenommen werden.

Formulierungsvorschlag:

*Der Schutz von Nord- und Ostsee hat für die SPD SH einen hohen Stellenwert.*

*Daher fordert die SPD SH eine Anpassung des Sicherheitskonzeptes an die Entwicklungen auf den Meeren.*

*Angesichts der zunehmenden Größenordnungen im Container-Schiffsverkehr und die neue Entwicklung beim Bau und Betrieb von Offshore-Windparks für die*

*Umsetzung der Energiewende sind neue Strukturen bei der Überwachung der Meere und beim Schutz- und Sicherheitskonzept erforderlich. Insbesondere die Internationalisierung beim Bau und Betrieb der Parks erfordert letztlich eine Organisation, die für die vielfältigen Aufgaben als ein Ansprechpartner dienen soll.*

*Die SPD SH fordert daher erneut den Bund auf, seine verschiedenen Kräfte, die im Bereich von „Safety“ und „Security“ (Havariekommando, Bundespolizei, Wasserzoll, Fischereiaufsicht, Schifffahrtspolizei der Wasserschifffahrtsverwaltungen und die Schadstoffunfall-Bekämpfungsschiffe) tätig sind, in einem ersten Schritt in eine „Deutsche Küstenwache“ mit einer monokratischen Führungsstruktur zusammen zu fassen.*

*In einem zweiten Schritt sollen dann die Vollzugsorgane im schifffahrtspolizeilichen Bereich und Unfallbekämpfungseinheiten der Küstenländer als gleichberechtigte Partner eingebunden werden, um die Interessen der Küstenländer in der Deutschen Küstenwache zu vertreten. Das kann nach Auffassung der SPD SH durch einen Staatsvertrag oder durch eine Grundgesetzänderung vollzogen werden.*